

FDP | 23.08.2016 - 17:45

Volkswagen muss seine Kommunikation verbessern



Nach einem Tag zäher Verhandlungen haben [Volkswagen und seine Zulieferer](#) [1] der Prevent-Gruppe eine Einigung erreicht. Jörg Bode, der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende in Niedersachsen und ehemaliger Landeswirtschaftsminister sprach [im "Deutschlandfunk"-Interview](#) [2] über den Streit und das Verhalten der Landesregierung sowie [beider Konfliktparteien in der Krise](#) [3]. Er rügte, dass sich die Landesregierung sehr schnell auf die Seite von VW gestellt habe, obwohl es nicht so eindeutig sei, dass das Unternehmen wirklich das Opfer sei. "Volkswagen kann bei Kommunikation durchaus in der Zukunft einiges besser machen", verdeutlichte der Freidemokrat.

Volkswagen habe ein sehr riskantes Spiel gespielt, so Bode weiter. "Bei den hohen Millionen-Kosten, die ein Produktionsausfall bedeutet, bei den im Verhältnis dazu eher geringen Forderungen, die von den Zulieferern tatsächlich kamen, hätte man den Produktionsabbruch verhindern können", gab er zu bedenken. Offensichtlich versuche Volkswagen, die Kosten des Abgasskandals auf die Zulieferer weiterzugeben, konstatierte er. "Aber das ist wie im Handwerk: Wenn man zu sehr an einer Schraube dreht, ist sie irgendwann ab. Genauso ist es, wenn man die Preise immer weiter drückt. Irgendwann kann man dafür nicht produzieren." Bode forderte VW auf, bei seinen Zulieferern fair zu verhandeln und aufzupassen, "dass man nicht in einseitige Abhängigkeiten gerät".

Landesregierung muss für alle Unternehmen des Landes da sein

Der Freidemokrat äußerte außerdem Zweifel daran, ob die Landesregierung als VW-Miteigentümer in der Lage ist, an einen solchen Streit neutral heranzugehen. "Das ist ein großes Problem, das wir bei der Landesregierung in den letzten Monaten schon gesehen haben, dass man sich sofort immer ungeprüft

an die Seite von Volkswagen stellt", kritisierte Bode. "Der Ministerpräsident war auch noch Streittreiber, indem er die Idee mit dem Gerichtsvollzieher ins Spiel gebracht hat." Dabei seien die Zulieferer-Unternehmen zum Großteil genauso niedersächsische Unternehmen wie Volkswagen. "Da gehört es sich für eine Landesregierung, tatsächlich für alle Unternehmen gleichermaßen da zu sein. Hier hat die Landesregierung starke Defizite", stellte der FDP-Landtagsfraktionsvize klar.

"Wir als FDP sagen ja schon seit Jahren und Jahrzehnten, man sollte als Staat sich von den Beteiligungen auch bei Volkswagen trennen und die Privatwirtschaft vernünftige Autos bauen lassen und nicht als Landesregierung versuchen, die bessere Modellpolitik zu machen", unterstrich Bode. Für ihn ist klar: Im Sinne der sozialen Marktwirtschaft gehöre diese Beteiligung nicht in die Hand des Staates.

[Lesen Sie hier das gesamte Interview.](#) [2]

Quell-URL:<https://www.liberales.de/content/volkswagen-muss-seine-kommunikation-verbessern>

Links

[1] <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/volkswagen-gegen-zulieferer-prevent-die-machtprobe-a-1108924.html> [2] http://www.deutschlandfunk.de/zulieferer-streit-bei-vw-volkswagen-hat-ein-sehr-riskantes.694.de.html?dram:article_id=363847 [3] <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/vw-zulieferer-101.html>